



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und
Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

15. Mai 2013

Seite 1 von 3

Präsidentin des Landtags
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 837 2232

**Kleine Anfrage 1101 vom 24.04.2013
des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder der Fraktion der
PIRATEN „Nicht-Weiterverbreitung von Urananreicherungstechno-
logie durch die Firma Urenco und ETC in Gronau und Jülich“,
LT-Drs.: 16/2706**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage im Ein-
vernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz wie folgt:

- 1. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr, dass die Nicht-
Weiterverbreitung der militärisch sehr sensiblen Urananreiche-
rungstechnologie, wie z. B. die Zentrifugen-Herstellung, bei ei-
ner vollständigen Privatisierung der Urenco letztlich nicht
mehr gewährleistet sein könnte?**

Ob es zu einer vollständigen Privatisierung der Urenco-Gruppe kommt,
ist derzeit noch völlig offen. Die Bundesregierung hat stets erklärt, dass
sie möglichen Änderungen der Anteilsstruktur von Urenco nur zustimme,
wenn auch weiterhin die nukleare Nichtverbreitung, Sicherung der
Technologie und wirtschaftliche Solidität bei Urenco sichergestellt ist
(siehe Bundestagsdrucksachen 17/12142 und 17/12263). Die Landes-
regierung teilt diese Auffassung.

Dienstsitz:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Dienstgebäude:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mweimh.nrw.de
www.mweimh.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Poststraße

2. Welche Kontrollmöglichkeiten besitzt die Landesregierung als Atomaufsicht aktuell, um eine Nicht-Weiterverbreitung von militärisch sensiblen Informationen aus dem Bereich Urananreicherung/Zentrifugen-Herstellung auszuschließen?

Die Atomaufsicht des Landes NRW ist gemäß § 19 Atomgesetz (AtG) insbesondere zuständig, darüber zu wachen, dass nicht gegen die Vorschriften des AtG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, die hierauf beruhenden Anordnungen und Verfügungen der Aufsichtsbehörden und die Bestimmungen des Bescheids über die Genehmigung oder allgemeine Zulassung verstoßen wird und dass nachträgliche Auflagen eingehalten werden. Hierzu gehören auch die Überprüfung der Zuverlässigkeit nach der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung (AtZüV) und der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter.

Kontrollverpflichtungen bzgl. Weiterverbreitung militärisch sensibler Informationen aus dem Bereich Urananreicherung/Zentrifugen-Herstellung obliegen der Bundesregierung und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

3. Wie beurteilt die Landesregierung das jetzt bekannte Bewerberfeld für den Kauf von Urenco-Anteilen vor dem Hintergrund möglicher Probleme bei der Nicht-Weiterverbreitung von militärisch sensiblen Urenco-/ETC-Technologien?

Siehe Antwort auf Frage 1.

4. Wie bewertet die Landesregierung mit Blick auf die Urananreicherungsanlage Gronau bzw. die Zentrifugen-Herstellung in Gronau die Äußerung des Chefs der Entsorgungskommission,

Michael Sailer, vom 2. April 2013 in der taz, die Urananreicherung sei „der einfachste Weg zur Atombombe“?

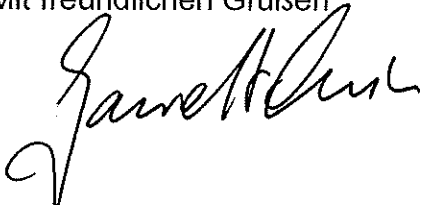
Seite 3 von 3

Die Entsorgungskommission (ESK) berät das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in technisch/wissenschaftlichen Fragen der nuklearen Entsorgung, sie schlägt keine politischen Entscheidungen vor. Die Mitglieder der ESK sind nicht an Weisungen des BMU oder einer anderen Institution gebunden. Sie ist pluralistisch zusammengesetzt, d. h. ihre Mitglieder repräsentieren die große Bandbreite von Anschauungen im Bereich der nuklearen Entsorgung, um eine sachverständige und umfassende objektive Beratung des BMU zu gewährleisten. Bei den Beratungen werden unterschiedliche fachliche Meinungen von ESK-Mitgliedern respektiert. Insofern bewertet die Landesregierung die Aussagen der ESK nicht.

- 5. Wie überprüft die Landesregierung die Zuverlässigkeit von Urenco bzw. ETC bei der Durchsetzung einer rigorosen Nicht-Weiterverbreitung von militärisch sensiblen Technologien, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den 1970er-Jahren bei Urenco Almelo Blaupausen gestohlen wurden, die später zum Bau der pakistanischen Atombombe führten?**

Siehe Antwort auf Frage 2.

Mit freundlichen Grüßen



Garrelt Duin